

Wiesbaden, 22. Juli. Gegen die ungerechtfertigten Angriffe aus den Kreisen der Bürgerschaft gegen die Stadtverwaltung und im besonderen gegen den Oberbürgermeister Gläffing — Angriffe, denen bezüglich der Versorgung der Kurgäste mit Fleisch leider auch die Presse Raum gegeben hat — nimmt der Regierungspräsident in der Öffentlichkeit Stellung. Er erklärt wörtlich: „Wie die verantwortlichen Stellen unter Führung des Oberbürgermeisters der schwierigen Lage Herr geworden sind, als im Frühjahr bei einem unerwartet großen Zustrom von Kurgästen sich Knappheit gerade in den Nahrungsmitteln herausstellte, auf welche die Fremden zu ihrem Wohlbefinden bei uns in erster Linie Wert legen müssen, verdient die allergrößte Anerkennung. Es ist der Initiative der städtischen Verwaltung, die ich aufs wärmste an zuständiger Stelle befürwortet habe, zu verdanken, daß die Reichsfleischstelle für die Kurfremden besondere Fleischzuweisungen vorgenommen hat. Nur dadurch war es möglich, den Kurgästen eine größere Menge Fleisch zuzuweisen als den Einheimischen. Dies war aber ein Gebot der Notwendigkeit, wenn anders nicht die schwersten wirtschaftlichen Schäden in den Betrieben des Kurgewerbes in Erscheinung treten sollten. Auch im Großeinkauf von Lebensmitteln bewegt sich Wiesbaden durchaus auf großzügiger Linie. So viel ich weiß, sind in Wiesbaden verhältnismäßig viel mehr städtische Gelder zum Einkauf von Lebensmitteln festgelegt als z. B. in der großen Nachbarstadt Frankfurt a. M., deren Verwaltung bekanntlich den Bedürfnissen der breiten Schichten der Bevölkerung ein sehr wachames Auge zuwendet.“ Der Regierungspräsident hat die Polizei angewiesen, rücksichtslos gegen die Vergifter der öffentlichen Stimmung einzuschreiten.